



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

# Kümmerner vor Ort?

Rechtsextremistische Kleinparteien  
und ihr vermeintlich soziales  
Engagement





# **Kümmerer vor Ort?**

Rechtsextremistische Kleinparteien  
und ihr vermeintlich soziales  
Engagement



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Funktionen von Parteien	6
2.1	Allgemeingültige Funktionen von Parteien in Hinblick auf rechtsextremistische Parteien	6
2.2	Identifizierte Funktionen rechtsextremistischer Parteien	9
3	Rechtsextremistische Kleinparteien	12
3.1	„DIE RECHTE“	12
3.2	„Der III. Weg“	15
4	Vermeintlich soziale Hilfsaktionen und Angebote rechtsextremistischer Parteien	18
4.1	„DIE RECHTE“	18
4.2	„Der III. Weg“	20
4.2.1	„Nationale Streife“	21
4.2.2	„Deutsche Winterhilfe“	23
4.2.3	Angebote für Kinder und Frauen	24
5	Fazit	25
	Impressum	28

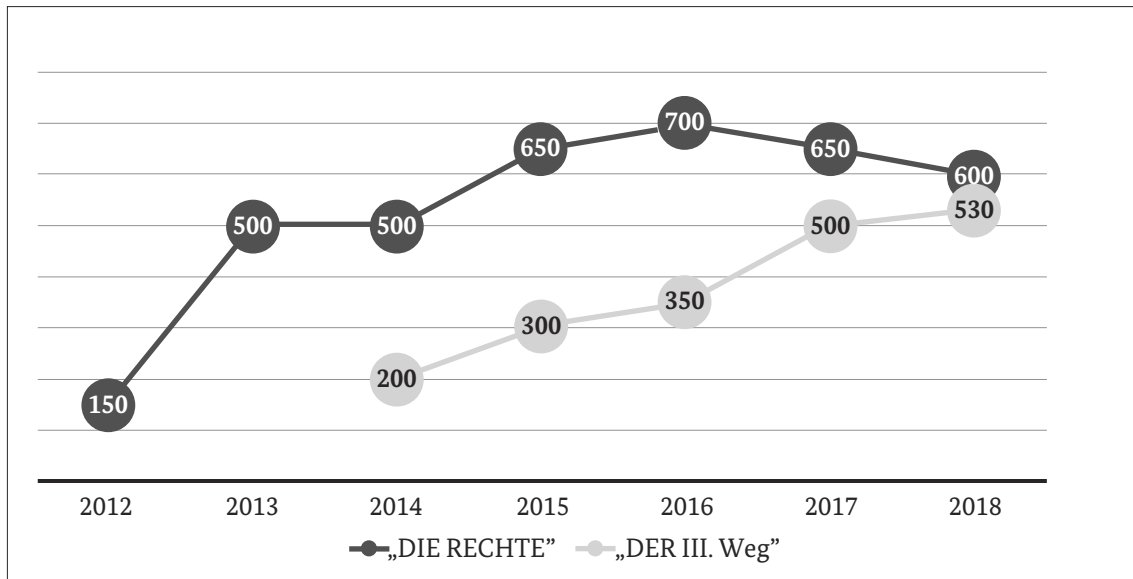


# 1 Einleitung

In der öffentlichen Berichterstattung findet von den in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden rechtsextremistischen Parteien in der Regel nur die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) größere Beachtung. Ihr wurde in den letzten Jahrzehnten – sicherlich auch wegen zwei gescheiterten Verbotsverfahren – viel mediale Aufmerksamkeit zuteil. Neben der NPD existieren derzeit jedoch auch zwei rechtsextremistische Kleinparteien: „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“.

Beide Parteien geben vor, die von demokratischen Parteien vermeintlich nicht wahrgenommenen Forderungen der Bürger nach mehr Schutz und besserer Fürsorge – insbesondere in Bezug auf die Themen Familie und Kinder – aufzugreifen.

## Entwicklung der Mitgliederzahlen



Im Jahr 2018 zählte das rechtsextremistische Parteienspektrum bei insgesamt etwa 24.100 Rechtsextremisten in Deutschland (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften) rund 5.510 Mitglieder. Die mit Abstand größte Partei stellt dabei nach wie vor die NPD mit rund 4.000 Mitgliedern dar. „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ verfügten im Jahr 2018 über 600 bzw. 530 Mitglie-

der. Derzeit ist knapp ein Viertel des rechtsextremistischen Personenpotenzials den rechtsextremistischen Parteien zuzurechnen, 2007 war es fast die Hälfte.

## 2 Funktionen von Parteien

Politischen Parteien werden innerhalb eines demokratisch ausgestalteten Systems verschiedene Funktionen zugewiesen. Inwiefern rechtsextremistische Parteien diese und darüber hinausgehende – eher szeninterne – Funktionen erfüllen, wird nachfolgend dargestellt.

### 2.1 Allgemeingültige Funktionen von Parteien in Hinblick auf rechtsextremistische Parteien

Zu den allgemeingültigen Funktionen<sup>1</sup> von Parteien zählen insbesondere

- die Rekrutierung politischen Personals,
- die Regierungs- und Oppositionsbildung,
- die Interessenartikulation, -repräsentation und -aggregation,
- die Entwicklung politischer Inhalte,
- die interne und externe Mobilisierung der Anhängerschaft (zu Wahlen).

Unter **Rekrutierung politischen Personals** wird die Besetzung öffentlicher und parteiinterner Ämter und Mandate verstanden. Zwar gelang rechtsextremistischen Parteien wie beispielsweise der NPD oder der inzwischen aufgelösten „Deutschen Volksunion“ (DVU) in der Vergangenheit der Einzug in verschiedene Landesparlamente, die abermalige parlamentarische Präsenz einer ausgewiesenen rechtsextremistischen Partei auf

<sup>1</sup> Vgl. Jun, Uwe: Typen und Funktionen von Parteien, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013. Für eine Zusammenfassung der wesentlichen Funktionen von Parteien siehe auch Niedermayer, Oskar: „Die Rolle und Funktionen von Parteien in der deutschen Demokratie“. Website der Bundeszentrale für politische Bildung (veröffentlicht am 20. November 2014).





Wahlkampfauftakt der NPD im Januar 2011 in Berlin.

Bundes- oder Landesebene erscheint derzeit jedoch eher unwahrscheinlich. Lediglich auf kommunaler Ebene hält die NPD aktuell noch rund 150 Mandate besetzt. „DIE RECHTE“ stellt aktuell einen Vertreter im Stadtrat sowie in wenigen Bezirksvertretungen der Stadt Dortmund (Nordrhein-Westfalen).

Ähnliches gilt für die **Regierungs- und Oppositionsbildung**: Die Besetzung politischer Ämter in Regierung und Verwaltung gelang rechtsextremistischen Parteien bislang nicht. Aufgrund der teils massiven Abgrenzung anderer Parteien von rechtsextremistischen Parteistrukturen erscheint dies auch perspektivisch unrealistisch. Selbst in der Oppositionsrolle auf kommunaler Ebene sind rechtsextremistische Parteien weitgehend isoliert.

**Interessenartikulation, -repräsentation und -aggregation** meint gemeinhin, dass die Interessen der Parteimitglieder und der potenziellen Wähler in Worte gefasst, vertreten sowie gegebenenfalls unterschiedliche Interessen und Positionen gebündelt werden. Rechtsextremistischen Parteien ist die Interessen-

vertretung erschwert, was nicht zuletzt durch ihre mangelnde Präsenz in den Parlamenten zu erklären ist. Allenfalls durch Demonstrationen und andere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten können diese Parteien ihre Anliegen sowie die ihrer Wähler bzw. Mitglieder nach außen kommunizieren. In Wahlkampfzeiten gelingen rechtsextremistischen Parteien mitunter provokante, aufmerksamkeitsregende Aktionen. Eine Bündelung unterschiedlicher (Wähler-)Interessen ist angesichts der andauernden Spaltungstendenzen und szeneeinternen Querelen im gesamten rechtsextremistischen Spektrum kaum zu erwarten.

Auch die **Entwicklung politischer Inhalte** wird nicht nennenswert vorangetrieben. Vielmehr ist die Entwicklung eigener politischer Inhalte eher die Ausnahme. Rechtsextremistische Parteien generieren politische Aussagen und Positionen meist in Reaktion auf etwas und auf Basis einer unbestimmten Ablehnung des gesamten politischen Systems bzw. einer ablehnenden Haltung gegenüber inhaltlichen Positionen demokratischer Parteien – oft vermengt mit Bruchstücken rechtsextremistischer Weltanschauungen.

Die für Parteien wohl wichtigste Funktion, die **interne und externe Mobilisierung der Anhängerschaft zu Wahlen**, gelingt rechtsextremistischen Parteienstrukturen mittlerweile immer weniger. Im Trend der letzten Jahre zeigte die NPD teilweise Auflösungserscheinungen und sieht sich aktuell mit desaströsen Wahlergebnissen konfrontiert. Auch die Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ spielen politisch de facto keine Rolle. Zudem stellen sie die Teilnahme an Wahlen momentan nicht in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten, sondern vielmehr den Erhalt ihres formalen Parteienstatus.

In der Gesamtschau erfüllen rechtsextremistische Parteien allgemeine Parteifunktionen also nicht oder nur sehr eingeschränkt. Es zeigt sich allerdings, dass sie stattdessen andere, zu meist szeneeinterne Funktionen übernehmen und ausüben.

## 2.2 Identifizierte Funktionen rechtsextremistischer Parteien

Im Zuge einer Analyse rechtsextremistischer Parteien konnten folgende primäre Funktionen identifiziert werden:

- szeneeinterne Vernetzungsfunktion
- szeneübergreifende Rekrutierungsfunktion
- logistische Funktion
- formale Schutzfunktion gegenüber etwaigen Verbotsüberlegungen des Staates



Fahne mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand Bautzen“ bei einer Kundgebung der Partei „DIE RECHTE“ in Bautzen 2015.

Im Sinne einer szeneeintern immer wieder beschworenen „nationalen Bewegung“ bzw. eines „nationalen Widerstands“ stel-

len rechtsextremistische Parteien einen wichtigen Baustein der **szeneinternen Vernetzung** dar. Sie sehen sich dabei als Teil einer gemeinsamen Bewegung, zu deren Zweck auch Kooperationen akzeptiert werden, die über das normale Zusammenwirken von rechtsextremistischen Akteuren – beispielsweise anlässlich einer Demonstration – hinausgehen. Exemplarisch hierfür stehen etwa der „Deutschlandpakt“<sup>2</sup> zwischen DVU und NPD aus dem Jahr 2005 oder die aktuell im Dortmunder Stadtrat vertretene Ratsgruppe aus NPD und der Partei „DIE RECHTE“. Zudem bieten „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ dem gewaltorientierten rechtsextremistischen Spektrum nach diversen Verboten von regional agierenden neonazistischen Kameradschaften eine organisatorische Plattform.

## Neonazis

Als Neonationalsozialisten (kurz: Neonazis) werden Anhänger einer ideologischen Ausrichtung des Rechtsextremismus bezeichnet, die sich vorrangig an den Gedanken und Vorstellungswelten des historischen Nationalsozialismus orientiert. Dieser bildet die Grundlage der neonazistischen Weltanschauung, welche von Ideologieelementen des Rassismus, des Antisemitismus, eines übersteigerten Nationalismus sowie von Antipluralismus geprägt ist. Neonazis streben einen autoritären Staat nach dem Führerprinzip an. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Art und Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet. Eine zentrale Bedeutung kommt zudem der angestrebten ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ zu, in der sich das Individuum dem Wohl und Willen der Allgemeinheit unterzuordnen hat. Die Ideologieelemente innerhalb der verschiedenen neonazistischen Personenzusammenschlüsse sind unterschiedlich stark ausgeprägt.

2 In der als „Deutschlandpakt“ bezeichneten Vereinbarung hatten NPD und DVU 2005 ihre jeweilige Teilnahme an den Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene bis 2009 abgestimmt, um Konkurrenzmandaturen auszuschießen.

Auch die **Rekrutierungsfunktion** rechtsextremistischer Parteien spielt für die Szene eine wesentliche Rolle. So fällt die Anbindung an rechtsextremistische Strukturen bei Parteien leichter, da sie mit ihren Orts- und Kreisverbänden häufig auch lokal vertreten sind. Verglichen mit anderen Strukturen – wie etwa neonazistischen Kameradschaften, die ihrerseits mehr Wert auf „Aktivismus“ legen – sind Neumitglieder bei Parteien weitaus seltener gezwungen, sich als aktives Mitglied nach außen zu erkennen zu geben. Außerdem gleichen neonazistische Kameradschaften und organisationsarme rechtsextremistische Zusammenschlüsse häufig cliquenartigen Gemeinschaften, in denen sich neue Mitglieder mitunter nur schwer integrieren können.

Aufgrund ihres Organisationsgrades übernehmen rechtsextremistische Parteien eine wichtige **logistische Funktion**, etwa indem sie Demonstrationen und Kundgebungen anmelden, finanzielle Unterstützung leisten oder Konzerte als politische Parteiveranstaltungen deklarieren. Auch wenn der finanzielle Spielraum rechtsextremistischer Parteien infolge der geringen Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung<sup>3</sup> mittlerweile eingeschränkt ist, fällt ihnen die Bereitstellung von Geldern dennoch leichter als anderen rechtsextremistischen Vereinigungen und Strukturen – vor allem wegen der Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder.

Nicht zuletzt erfüllt der **Schutz**, den das Parteienprivileg rechtsextremistischer Agitation bietet, eine bedeutsame Funktion für extremistische Parteien. Dies gilt besonders im Lichte des zweiten gescheiterten Verbotsverfahrens gegen die NPD.<sup>4</sup> Veranstaltungen und extremistische Aktivitäten, die als Parteiveranstaltungen angemeldet sind bzw. stattfinden, sind weitaus schwieriger zu verbieten als andere Veranstaltungen. Ein Par-

3 Für die Inanspruchnahme der staatlichen Teilfinanzierung muss eine Partei bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent bzw. bei der jeweils letzten Landtagswahl mindestens ein Prozent der abgegebenen gültigen (Zweit-)Stimmen erreicht haben.

4 Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD scheiterte 2003 an formalen Gründen (fehlende Staatsferne). Der zweite Verbotsantrag wurde vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2017 trotz der gerichtlich getroffenen Feststellung, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolge, wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche tatsächliche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele (sogenannte Potentialität) abgelehnt.

teiverbot hat zudem weitaus höhere Hürden zu überwinden als ein Verbot von eingetragenen Vereinen nach dem Vereinsgesetz, was durchaus das Kalkül bei der Gründung der Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ gewesen sein dürfte.

Ein langjährig aktiver Neonazi, der zugleich auf dem zweiten Listenplatz der Partei „DIE RECHTE“ für die Europawahl 2019 kandidierte, formulierte in diesem Zusammenhang:

*„Die Rechtslage bei der Arbeit als Partei, im Gegensatz zur stets von Kriminalisierung bedrohten parteiunabhängigen Arbeit, ist durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre klarer und besser abschätzbar. Dazu sind die Möglichkeiten, die sich aus dem Parteienprivileg ergeben und [die] man als nationaler Aktivist innerhalb dieser Republik auch bei der ganz alltäglichen politischen Arbeit nutzen kann, an einigen Stellen durchaus vorteilhaft.“<sup>5</sup>*

### 3 Rechtsextremistische Kleinparteien

Die Partei „DIE RECHTE“ gibt es seit 2012. Ein gutes Jahr später wurde als weitere rechtsextremistische Partei „Der III. Weg“ gegründet.

#### 3.1 „DIE RECHTE“



Im Mai 2012 wurde die Partei „DIE RECHTE“ auf Betreiben des seit Jahrzehnten die rechtsextremistische Szene prägenden Neonazis Christian Worch gegründet. Waren an der Gründung der Partei noch ehemalige DVU-Mitglieder und -Funktionäre beteiligt, so bestimmen mittlerweile ehemalige Angehörige verbotener neonazistischer Kameradschaften das Bild und die Geschicke der Partei. „DIE RECHTE“ vertritt ein rechtsextremistisches Weltbild, einhergehend mit fremdenfeindlicher Agitation, geschichtsrevisionistischen The-

sen und antisemitischen Positionen. In ihrem Parteiprogramm vermeidet die Partei zwar offen rechtsextremistische Aussagen, dennoch wird bereits an dieser Stelle ihre Ausrichtung hin zu einem übersteigerten Nationalismus deutlich.

Trotz bundesweiten Auftretens konzentrieren sich die Aktivitäten der Partei besonders auf die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Am 1. April 2018 führte „DIE RECHTE“ im Großraum Hamm (Nordrhein-Westfalen) einen Bundesparteitag durch, der insbesondere der Neuwahl des Bundesvorstandes dienen sollte. Der Parteivorsitz war nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Worch lediglich kommissarisch besetzt. Worch war am 28. Oktober 2017 zunächst erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt worden, trat aber wenige Tage später zurück. Zuvor hatte die Partei auf Antrag des Landesverbandes Thüringen und ge-



Kundgebung der Partei „DIE RECHTE“ in Goslar 2015.



Demonstration der Partei „DIE RECHTE“ vor der Europawahl 2019.

gen Worchs ausdrücklichen Willen ein klares Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ und somit zu einer offen neonazistischen Ausrichtung beschlossen.

Die Delegierten in Hamm stimmten einem Antrag auf Etablierung einer Doppelspitze zu und wählten die beiden einzigen vorgeschlagenen Kandidaten und gleichzeitig auch aktivsten Funktionäre ohne Gegenstimme zu gleichberechtigten Bundesvorsitzenden. Diese beiden Dortmunder Neonazis verankern somit auch formell die Vorherrschaft des nordrhein-westfälischen Landesverbandes – sowohl personell als auch hinsichtlich des Wirkungskreises – auf Bundesebene.

Die ebenfalls in Hamm erfolgte Nominierung der Kandidaten zur Europawahl 2019 sollte angesichts der führenden fünf Listenplätze, auf denen sich jahrzehntelang aktive Neonazis und die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Haverbeck-Wetzel ist derzeit in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) inhaftiert. Nach einer erneuten Verurteilung wegen Leugnung des Holocaust verbüßt sie dort eine zweijährige Haftstrafe.



wiederfinden, wohl vor allem der Provokation dienen. Öffentlichkeitswirksam zeigt die Partei mit ihrer Auswahl, dass sie auch parteifreien Rechtsextremisten eine politische Plattform bietet, und lässt damit keinen Zweifel an ihrer neonazistischen Ausrichtung aufkommen.

Am 5. Januar 2019 wählte die Partei „DIE RECHTE“ auf dem 10. Bundesparteitag einen neuen Bundesvorstand. Für einen als Teil einer Doppelspitze fungierenden Parteivorsitzenden, der für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stand, trat ein nordrhein-westfälischer Neonazi dem Führungsduo bei. Mit der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden setzen sich zwei Trends in der Partei „DIE RECHTE“ fort: Zum einen besteht der starke Einfluss des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen weiter – der Bundesvorstand bildet fast identisch den nordrhein-westfälischen Landesvorstand ab –, zum anderen bleibt die Führung der Partei in der Hand aktiver Neonazis.

### 3.2 „Der III. Weg“



Bei der Partei „Der III. Weg“ handelt es sich um eine relativ junge Organisation, die im September 2013 von ehemaligen Funktionären des NPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz sowie von Neonazis gegründet wurde. Vorsitzender der Partei ist seitdem der rheinland-pfälzische Rechtsextremist Klaus Armstroff, ein ehemaliger Funktionär der NPD. „Der III. Weg“ möchte über den Status als politische Partei hinaus im Sinne einer „ganzheitlichen“ Weltanschauung wirken. Unter strikt völkischen Vorzeichen verfolgt „Der III. Weg“ zudem „karitative“ Aktivitäten, die in der Hauptsache jedoch dazu dienen, vermeintliche staatliche Defizite anzuprangern. Der Einbeziehung der Familie durch ein entsprechendes Freizeitangebot kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Die Partei befindet sich nach wie vor im Aufbau. Die von ihr gegründeten Gebietsverbände sind in unterschiedlichem Maße



aktiv. Derzeit verfügt „Der III. Weg“ über rund 20 „Stützpunkte“ (kleine Kreisverbände, die bundeslandübergreifend und weitgehend selbstständig agieren) und drei Gebietsverbände (Süd/Mitte/West). Die Aktivitäten der Partei, die schwerpunktmäßig in den Bundesländern Bayern, Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen stattfinden, werden vor allem über die „Stützpunkte“ organisiert.

„Der III. Weg“ sieht sich nach eigener Aussage als „national-revolutionär-sozialistische“ Kraft. In ihrer weltanschaulichen

<b>Gegenüberstellung</b>	
Zehn-Punkte-Programm „Der III. Weg“	25-Punkte-Programm der NSDAP
Bezug auf einen biologistischen Volksbegriff	
„Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“ (Punkt 4) und „Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes.“ (Punkt 7)	„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist.“ (Punkt 4)
Überfremdung und Ausweisung von Nicht-Deutschen	
„Die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmissbrauch [sind] umgehend zu stoppen. Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen.“ (Punkt 4)	„Wir fordern, daß [sic!] sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Bürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremden [sic!] Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.“ (Punkt 7) „Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern.“ (Punkt 8)
Revision der jeweils gültigen deutschen Grenzen (Gebietsrevisionismus)	
„Ziel der Partei [...] ist die friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen.“ (Punkt 10)	„Wir fordern den Zusammenschluß [sic!] aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.“ (Punkt 1) in Verbindung mit Forderung, u. a. den Friedensvertrag von Versailles aufzuheben. (Punkt 2)
Verstaatlichung wichtiger Industriezweige	
„Ziel der Partei [...] ist die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe.“ (Punkt 2)	„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust) Betriebe.“ (Punkt 13)
Agrarpolitik und Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung	
„Zur Wiederherstellung der Selbstversorgung Deutschlands mit Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft von Einzel- und Familienbetrieben sowie Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern.“ (Punkt 2)	Ziel der NSDAP ist die eigenständige „Ernährung unseres Volkes“ – hier allerdings mit der Forderung nach „Land und Boden (Kolonien)“ verbunden. (Punkt 3)

Ausrichtung verfolgt die Partei dabei einen stark neonazistisch geprägten Rechtsextremismus. Dies wird bereits in ihrem „Zehn-Punkte-Programm“ deutlich, welches nicht nur namentlich dem „25-Punkte-Programm“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ähnelt, sondern das auch zahlreiche ideologische Überschneidungen zum historischen Nationalsozialismus aufweist. So fordert die Partei darin zum Beispiel die Schaffung eines „Deutschen Sozialismus“ und knüpft damit inhaltlich und begrifflich – zumindest teilweise – an die Programmatik des sogenannten linken Flügels der NSDAP an. Daneben wird die Erhaltung und Entwicklung der „biologischen Substanz“ des eigenen Volkes gefordert. Die Partei agitiert darüber hinaus antisemitisch, ausländerfeindlich und revisionistisch.

## **4 Vermeintlich soziale Hilfsaktionen und Angebote rechtsextremistischer Parteien**

In den vergangenen Jahren ist die Zahl „sozialer“ Aktivitäten und Hilfsangebote innerhalb der rechtsextremistischen Szene angestiegen. Mithilfe der Themen „Asyl“ und „Überfremdung“ versuchen rechtsextremistische Parteien verstärkt, sich als „Kümmerer“ zu inszenieren. Einige dieser „sozialen“ Kampagnen von „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ werden nachfolgend dargestellt.

### **4.1 „DIE RECHTE“**

Die Partei „DIE RECHTE“ berichtet immer wieder über die „praktische Anwendung“ einer ihrer Kernforderungen, der „nationalen Solidarität“. Denn Aufgabe der „nationalen Opposition“ sei es, so die Partei, „den sozialen Kampf – gleichberechtigt, mit dem Widerstand gegen den anhaltenden Volksaustausch – zu führen und allen Deutschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Frei von liberalistischen Auswüchsen, dafür in einer star-

ken und solidarischen Gemeinschaft!“ . Denn der „angebliche Sozialstaat“ lasse Sozialschwache allein und kümmere sich ausschließlich um Asylbewerber.<sup>7</sup>

Zahlreiche auf der Website „Dortmundecho“<sup>8</sup> veröffentlichte Artikel informierten in der Vergangenheit über Sammelaktionen von Kleidung, Decken und Schlafsäcken durch die Partei. Die Spenden habe die Partei zur Verteilung „in professionelle Hände“ gegeben, welche die Weiterleitung an Bedürftige übernommen hätten.

Die „Aktionsgruppe Dortmund-West“<sup>9</sup> verteilte am 27. Februar 2018 in der Dortmunder Innenstadt selbst kostenlose Heißgetränke an Obdachlose, um dadurch „zumindest ein kleines Zeichen der Hilfe und praktischen Solidarität zu leisten“.

Der zwischenzeitlich wegen parteiinterner Differenzen geschlossen zurückgetretene Thüringer Landesverband der Partei „DIE RECHTE“ organisierte bereits im Juli 2016 in Thüringen ein „Familienfest für hilfsbedürftige deutsche Familien“ unter dem Slogan „Deutsche Familien zuerst“. Es gab freie Verpfle-



Banner auf einer Veranstaltung der Partei „DIE RECHTE“ in Pforzheim 2019.

7 Website Dortmundecho (28. November 2017).

8 Die Internetplattform dient als Hauptsprachrohr des Landesverbandes bzw. des Dortmunder Kreisverbandes der Partei „DIE RECHTE“.

9 Bei der „Aktionsgruppe Dortmund-West“ handelt es sich um eine der Partei „DIE RECHTE“ nahestehende Struktur.

gung, ein Fußballturnier sowie kostenfrei zu benutzende Spielgeräte für Kinder.<sup>10</sup> Ein für 2017 geplantes Fest wurde von der zuständigen Ordnungsbehörde in Erfurt untersagt.

Zur finanziellen Unterstützung einer Familie mit einem schwerkranken Kind veranstaltete der Thüringer Landesverband beim Landesparteitag im August 2016 des Weiteren eine Spendensammlung. In einem Beitrag zur Übergabe des Spendenbetrags wurde betont, dass die betroffene Familie auch weiterhin nachhaltig unterstützt werde:

*„Während sich die etablierte Politik ausschließlich Menschen aus aller Herren Länder verpflichtet fühlt, setzen wir uns konsequent für unsere deutschen Landsleute ein.“<sup>11</sup>*

Nach Angaben auf der Website der Partei verteilten Mitglieder des Kreisverbandes Mittelthüringen im August 2016 zur Schulführung an Erfurter Schulen kostenfrei Arbeitsmaterial. Den anwesenden Eltern habe man ein themenspezifisches Flugblatt überreicht.<sup>12</sup>

## **4.2 „Der III. Weg“**

Mit Patrouillengängen, sogenannten Nationalen Streifen, möchte „Der III. Weg“ an vermeintlichen Brennpunkten „importierter Ausländergewalt“ ein verstärktes Sicherheitsgefühl suggerieren und gleichzeitig den angeblich fortschreitenden „staatlichen Kontrollverlust“ beispielhaft vorführen. Die „Deutsche Winterhilfe“ soll ausschließlich deutschen Hilfsbedürftigen zugutekommen. Daneben spricht „Der III. Weg“ mit vorergründigen Freizeitangeboten gezielt Frauen und Kinder an, um diese auf den Veranstaltungen im eigenen Sinne zu ideologisieren.

10 Website „DIE RECHTE“ (1. August 2016).

11 Website „DIE RECHTE“ (9. August 2016).

12 Website „DIE RECHTE“ (14. August 2016).



Demonstration der Partei „Der III. Weg“ am 1. Mai 2019 in Plauen.

#### 4.2.1 „Nationale Streife“

„Der III. Weg“ organisiert seit Ende 2016 Patrouillengänge in deutschen Mittel- und Großstädten, die von der Partei im Internet öffentlichkeitswirksam thematisiert werden. Erstmals wurden derartige Streifen im Oktober 2016 in den sächsischen Städten Plauen und Bautzen durchgeführt. Die patrouillierenden Gruppen setzen sich in der Regel aus weniger als zehn Parteiangehörigen oder -sympathisanten zusammen, die durch grüne Windjacken mit dem Parteilogo zu erkennen sind. Oft werden bei den Streifengängen Flugblätter verteilt. Diese sind weitgehend textgleich, jedoch mit jeweils unterschiedlichen regionalen Bezügen versehen. In ihnen schreibt die Partei die Schuld an steigenden Kriminalitätszahlen und subjektiven Bedrohungsgefühlen der „etablierten Politik“ zu, die „unfähig oder nicht willens“ sei, die deutschen Grenzen ausreichend zu sichern. Unkontrolliert strömten dadurch „[z]igtausende Fremdländer ins Land“. Die Rechnung müsse „nun der Deutsche begleichen – nicht nur finanziell, sondern unter Einbüßung [sic!] der Lebensqualität“.<sup>13</sup>

13 Flugblatt auf der Website „Der III. Weg“, „Wir laufen Streife für deine Sicherheit“ (7. August 2017).

Auch 2018 setzte „Der III. Weg“ die „Nationalen Streifen“ fort. So patrouillierten Aktivisten des „Stützpunktes Sauerland“ nach eigenen Angaben im Januar in Olpe (Nordrhein-Westfalen). Mit der Aktion habe man den „nationalen Selbstschutz“ organisiert und somit an zwei bereits durchgeführte Streifengänge gegen die „ausufernde Gewalt, die in der bunten Republik zur Tagesordnung“ gehöre, angeschlossen.<sup>14</sup> Die Durchführung einer weiteren „Nationalen Streife“ Mitte Januar in Kitzingen (Bayern) wurde mit mehreren ausführlich geschilderten Körperverletzungsdelikten eines 19-jährigen „Prügelasylanten“ begründet. Dabei wurden auch „Aufklärungsschriften gegen den Einfall von Asylbetrügnern, die hier nicht selten straffällig“<sup>15</sup> würden, verteilt. Bei der am 17. Januar durch Angehörige des „Stützpunktes München/Oberbayern“ vorgenommenen „Nationalen Streife“ hieß es zur Begründung der Aktion, dass sich zuletzt „die Meldungen von Übergriffen durch kulturfremde Ausländer“ gehäuft hätten. Man werde „auch in Zukunft dort aufpassen, wo der Staat“ versage, und habe daher die „bekannten Münchener Problemviertel wie de[n] Ostbahnhof oder de[n] Hauptbahnhof bestreift“.<sup>16</sup>

Wie regelmäßig die abendlichen Patrouillengänge stattfinden, hängt von Stärke und Aktionsfähigkeit der lokalen Parteistützpunkte ab. So werden in München und Plauen, wo seit Anfang Januar 2017 mit einem Bürgerbüro ein infrastruktureller Ankerpunkt existiert, regelmäßige Patrouillengänge durchgeführt. Demgegenüber gelang dies in anderen Städten wie Straubing (Bayern), Göppingen (Baden-Württemberg) oder Fulda (Hessen) nur begrenzt.

Die „Nationalen Streifen“ dienen dazu, an durch Straftaten von Migranten vermeintlich kriminalitätsbelasteten Orten Präsenz zu zeigen. Die Partei „Der III. Weg“ gibt dabei vor, das Sicherheitsgefühl der örtlichen Bevölkerung erhöhen und Straftaten,

14 Website „Der III. Weg“ (19. Januar 2018).

15 Website „Der III. Weg“ (19. Januar 2018).

16 Website „Der III. Weg“ (18. Januar 2018).



die aus Sicht von Rechtsextremisten überwiegend von Asylbewerbern oder Migranten begangen würden, vorbeugen zu wollen. Ein tatsächlicher Effekt im Sinne einer wirkungsvollen Kriminalitätsprävention dürfte allerdings kaum vorhanden sein.

#### 4.2.2 „Deutsche Winterhilfe“

Die am 13. November 2017 – zwei Jahre nach ihrer Initiierung – erneut aufgelegte Kampagne „Deutsche Winterhilfe“ umfasste Aufrufe zu Spenden, das Sammeln von Kleidung, Schlafsäcken und Decken sowie deren Verteilung. Neben Sachspenden verteilte die Partei stets ideologisches Informationsmaterial. Vereinzelt wurden auch Suppen und Heißgetränke bereitgestellt. Vor allem über Flugblattverteilaktionen und Aufrufe auf der Website der Partei wurde für die „Deutsche Winterhilfe“ geworben.

Anlässlich des Kampagnenstarts schrieb die Partei:

*„Lassen wir es gemeinsam nicht zu, dass unsere Landsleute hungern und frieren, während Überfremdungsfetischisten in diesem Land die ganze Welt durchfüttern und hofieren. Helft uns anderen zu helfen, damit unser Volk eine Zukunft hat.“<sup>17</sup>*

Über eine spezielle E-Mail-Adresse konnten sich potentielle Spender melden. Zugleich wurde allen Hilfesuchenden die Möglichkeit eingeräumt, mit den Organisatoren direkt in Kontakt zu treten.

Im Verlauf des Winters 2017/2018 war eine Vielzahl von Einzelaktionen im Rahmen der Kampagne zu beobachten. „Der III. Weg“ war dabei unter anderem in München, Würzburg (Bayern), Potsdam, Chemnitz (Sachsen), Zwickau (Sachsen), Berlin, Rüsselsheim (Hessen) und Groß-Gerau (Hessen) aktiv, wobei Aktionen in Großstädten auch mehrfach stattfanden.

17 Website „Der III. Weg“ (22. Dezember 2017).

Auf der Website der Partei wurde ausführlich mit Fotos über die Aktionen berichtet. Einen Schwerpunkt stellten dabei die Aktivitäten im Rahmen der Kampagne in Berlin dar. Allein in der „Hauptstadt der Obdachlosen“ will die Partei demnach „über eine Tonne Kleiderspenden“ verteilt haben.<sup>18</sup> „Der III. Weg“ betont vor diesem Hintergrund sein Selbstverständnis als Partei, die sich „täglich vorrangig für deutsche Interessen und unser Volk“ einsetzt.

In einem auf der Website der Partei erschienenen Artikel heißt es dazu:

*„Erst unser Volk, dann alle anderen! [...] Bevor wir für Hunderttausende unberechtigt in Deutschland befindliche Asylanten zahlen und auch noch Spenden für diese gesammelt werden, dürfen wir unsere eigenen Volksangehörigen nicht vergessen.“<sup>19</sup>*

### **4.2.3 Angebote für Kinder und Frauen**

Der Einbeziehung der eigenen Familien durch ein entsprechend gestaltetes Freizeitangebot kommt eine besondere Bedeutung bei den Aktivitäten der Parteimitglieder zu. Dieses Engagement dient dem Ansatz der rechtsextremistischen Partei, sämtliche Lebensbereiche ihrer Mitglieder zu umfassen. So werden im Bürgerbüro in Plauen Kindern und Familien vielfältige Angebote unterbereitet. Zum Beispiel konnten Minderjährige an einem Selbstverteidigungskurs teilnehmen. Unter dem Titel „Frauen für Frauen“ befindet sich daneben seit Mai 2018 eine Gruppe für solche Frauen im Aufbau, die eine Gemeinschaft anstreben, in der sich „gegenseitig geholfen und bei Problemen gemeinsam unter die Arme gegriffen wird“<sup>20</sup>. In der Gruppe soll es um Themen wie Kinderbetreuung, Einkaufshilfe oder Sicherheit gehen.

<sup>18</sup> Website „Der III. Weg“ (30. Dezember 2017).

<sup>19</sup> Website „Der III. Weg“ (22. Dezember 2017).

<sup>20</sup> Website „Der III. Weg“ (22. Mai 2018).

Im Rahmen der „konsequenten Förderung von kinderreichen Familien“ finden am Standort Plauen zudem regelmäßig sogenannte Feste zu Ehren der Kinder statt. Bei einer Veranstaltung am 2. Juni 2018 wurde neben Verpflegung, diversen Spielen und Geschenken für die teilnehmenden Kinder auch ein politischer Vortrag für die anwesenden Eltern angeboten. Darin ging es insbesondere um die Ziele der Partei sowie die kommende Europawahl.<sup>21</sup>

## 5 Fazit

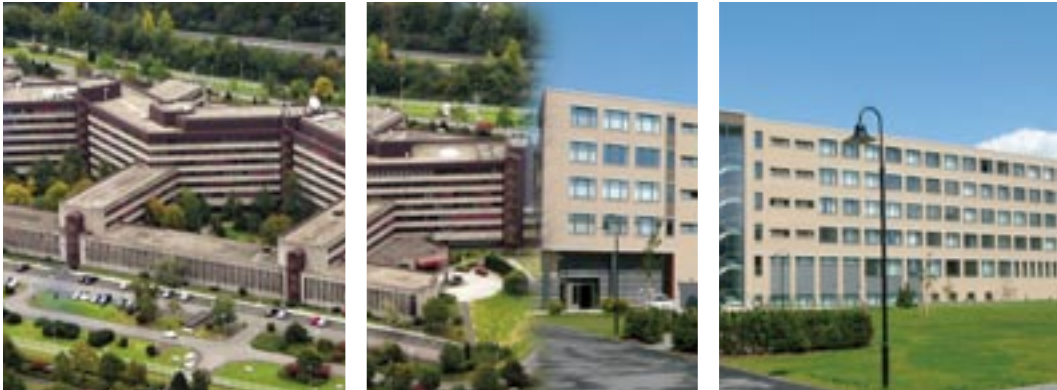
Die rechtsextremistischen Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ erfüllen derzeit praktisch keine der üblichen Funktionen einer politischen Partei: Weder mobilisieren sie ausreichend Wähler, noch gelingt ihnen eine signifikante Artikulation ihrer Interessen. Als rechtsextremistische Akteure können sie den politischen Prozess in der Bundesrepublik de facto nicht beeinflussen. Allerdings üben die rechtsextremistischen Parteien sceneintern durchaus relevante Funktionen aus, insbesondere in Hinblick auf Logistik, Rekrutierung und Vernetzung. Diese Vernetzung ist auch zwischen den rechtsextremistischen Parteien selbst zu finden, die sich aufgrund ihrer bestehenden Kontakte und Kooperationen weniger als Konkurrenten im Kampf um Wählerstimmen sehen, sondern vielmehr als unterschiedliche Teile einer gemeinsamen „nationalen Bewegung“.

Mit den dargestellten Kampagnen und Aktionen greifen Rechtsextremisten vorrangig sozialpolitische Themen auf. Indem gesellschaftlich relevante Themen zugunsten der eigenen politischen Absichten besetzt werden, steigt gleichermaßen die Chance einer Beeinflussung der politischen Willensbildung sowie des gesellschaftlichen Diskurses. Ziel bleibt letztendlich die Vergrößerung des Mitglieder-, Unterstützer- bzw. Wählerpotenzials, also der eigenen Anhängerschaft.

21 Website „Der III. Weg“ (6. Juni 2018).



Rechtsextremisten fokussieren sich auf Themen, die in der Gesellschaft kontrovers und zum Teil emotional aufgeladen diskutiert werden. Die „soziale Frage“ und die zum Teil vorhandenen Ängste, gesellschaftlich „abgehängt“ zu werden, greifen Rechtsextremisten immer wieder auf und verbinden sie mit der Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung. Gleichermäßen wird dem Staat bzw. dem „System“ generelles Versagen vorgeworfen, da angeblich keine verlässliche Sozialarbeit an Deutschen geleistet werde, während man sich stattdessen lieber um Asylsuchende und Flüchtlinge kümmere. Vom Aufgreifen dieser Themen mithilfe der dargestellten „sozialen“ Aktionen erhoffen sich Rechtsextremisten eine breitere Zustimmung in der Bevölkerung. Die Kontaktaufnahme zu potenziellen Wählern bzw. neuen Mitgliedern über kostenlose Angebote für Kinder und Familien ist dabei beachtenswert. Es gilt daher aufmerksam und kritisch zu hinterfragen, inwieweit ein auf den ersten Blick soziales bzw. karitatives Engagement oder Angebot bei genauerer Betrachtung der Akteure einer verdeckten Weitergabe von extremistischem Gedankengut in breitere, nicht extremistische Gesellschaftsschichten dienen soll.



## Impressum

### Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz  
Öffentlichkeitsarbeit  
Merianstraße 100  
50765 Köln  
oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de  
[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)  
Tel.: +49(0)221/792-0  
Fax: +49(0)221/792-2915

### Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz  
Print- und MedienCenter

### Bildnachweis

© dpa  
© dpa  
© dpa  
© dpa  
© picture alliance/NurPhoto  
© picture alliance/ZUMA Press  
© picture alliance/Pacific Press Agency  
© picture alliance/Robert Michael/dpa-Zentralbil/dpa  
© picture alliance/ZUMA Press  
© BfV

### Stand

Oktober 2019

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Tom (25) und Miriam (27)

Arbeite gemeinsam mit uns

# IM AUFTRAG DER DEMOKRATIE!

Bewirb dich und komm in unser Team.

Ob Ausbildung, Studium oder Direkteinstieg –  
beim Verfassungsschutz erwarten dich vielfältige Einsatzmöglichkeiten.



Scannen für Jobangebote



Bundesamt für  
Verfassungsschutz

**WERDE VERFASSUNGSSCHÜTZER\*IN.**

Mehr Informationen unter  
[verfassungsschutz.de/karriere](https://www.verfassungsschutz.de/karriere)

**Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:**

[www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

